

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Mittwoch, 31.08.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 21:12 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Holger Herlitschke - B90/GRÜNE

Mitglieder

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Fritz Bosse - CDU

Vertretung für: Herrn Jürgen
Wendt

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Herr Peter Edelmann - CDU

Herr Björn Hinrichs - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Nicole Palm - SPD

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Andreas Becker - SPD

Herr Jörg Matthes - CDU

Frau Barbara Räder - B90/GRÜNE

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Klaus Benscheidt - Verwaltung

Herr Thorsten Warnecke - Verwaltung

Frau Bianca Winter - Verwaltung

Herr Thomas Schulze - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann - Piratenpartei	entschuldigt
Herr Jürgen Wendt - CDU	entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Gregor Dreischhoff - CDU	entschuldigt
Herr William Labitzke - SPD	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Anträge zur gemeinsamen Behandlung mit dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit | |
| 2.1 | Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig | 16-02891 |
| 2.1.1 | Änderungsantrag zu: 16-02891 Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig | 16-02945 |
| 2.1.2 | Änderungsantrag zu 16-02891: Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig | 16-02972 |
| 2.1.3 | Änderungsantrag zur Vorlage 16-02891: Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig | 16-02977 |
| 2.2 | Wohnungsbausituation in Braunschweig | 16-02966 |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.06.2016 | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 4.1 | Sanierung der Altlast Breite Str. 16/Gördelingerstr. 18 | 16-02638 |
| 4.2 | Sachstand Bauantragsverfahren Firma Kroker | 16-02951 |
| 4.3 | Erlaubnisfeld Borsum; Erlaubnis des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen | 16-02960 |
| 4.4 | Busersatzverkehr während der Sperrung des Messeweges | 16-02969 |
| 5 | 133. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Heinrich-der-Löwe-Kaserne"; Stadtgebiet zwischen der A 39, westlich des Gewerbegebietes Rautheim-Nord, Braunschweiger Straße und Rautheimer Straße; Planbeschluss | 16-02675 |
| 6 | 130. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Stöckheim-Süd"; Stadtgebiet zwischen Leiferdestraße, Leipziger Straße und der 110-kV-Leitung | 16-02770 |

7	Bebauungsplan "Stöckheim-Süd", ST 83; Stadtgebiet zwischen Leiferdestraße, Leipziger Straße und der 110 KV-Leitung (Geltungsbereich A); Stadtgebiet Gemarkung Leiferde, Flur 2, Flurstück 30 (Geltungsbereich C); Stadtgebiet Gemarkung Rautheim, Flur 4, Flurstück 199/2 (Geltungsbereich D); Stadtgebiet Gemarkung Rautheim, Flur 3, Flurstück 121 (Geltungsbereich E); Auslegungsbeschluss	16-02747
7.1	Bebauungsplan "Stöckheim-Süd", ST 83; Stadtgebiet zwischen Leiferdestraße, Leipziger Straße und der 110 KV-Leitung (Geltungsbereich A); Stadtgebiet Gemarkung Stöckheim, Flur 4, Flurstücke 94/2, 119 und 118/1 (Geltungsbereich B); Stadtgebiet Gemarkung Leiferde, Flur 2, Flurstück 30 (Geltungsbereich C); Stadtgebiet Gemarkung Rautheim, Flur 4, Flurstück 199/2 (Geltungsbereich D); Stadtgebiet Gemarkung Rautheim, Flur 3, Flurstück 121 (Geltungsbereich E); Auslegungsbeschluss	16-02747-01
8	128. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig "SB-Markt Timmerlah", Stadtgebiet zwischen Timmerlahstraße, Mühlenstieg und Bahnstrecke Braunschweig-Hildesheim Planbeschluss, Behandlung der Stellungnahmen	16-02646
9	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "SB-Markt Timmerlah", TI 30 Stadtgebiet zwischen Timmerlahstraße, Mühlenstieg und Bahnstrecke Braunschweig - Hildesheim (Geltungsbereich A) Teilfläche Gemarkung Timmerlah, Flur 5, Flurstück 135 (Geltungsbereich B) Teilfläche Gemarkung Timmerlah, Flur 2, Flurstück 177/2 (Geltungsbereich C) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	16-02576
10	Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "SB-Markt Timmerlah", TI 30	16-02867
11	Bebauungsplan "Forschungszentrum Rebenring", HA 128 Stadtgebiet zwischen Rebenring, Bültenweg, Konstantin-Uhde-Str. und Pockelsstr. Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss ergänzendes Verfahren gem. § 214 BauGB	16-02575
12	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Cyriaksring 55", WI 106 Stadtgebiet Grundstück Cyriaksring 55 Auslegungsbeschluss	16-02049
12.1	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Cyriaksring 55", WI 106 Stadtgebiet Grundstück Cyriaksring 55 Auslegungsbeschluss	16-02049-01

13	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Parkkamp", TH 23 Stadtgebiet zwischen den Straßen Am Grefenhoop, Parkkamp, Mehlholz und Schafwiese (Flurstück 540, Flur 3, Gemarkung Thu- ne) Auslegungsbeschluss	16-02664
13.1	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Parkkamp", TH 23 Stadtgebiet zwischen den Straßen Am Grefenhoop, Parkkamp, Mehlholz und Schafwiese (Flurstück 540, Flur 3, Gemarkung Thu- ne) Auslegungsbeschluss	16-02664-01
14	Städtebaulicher Vertrag "Parkkamp", TH 23 Stadtgebiet zwischen den Straßen Am Grefenhoop, Parkkamp, Mehlholz und Schafwiese (Flurstück 540, Flur 3, Flurstück 540, Gemarkung Thune)	16-02662
15	Planung und Ausbau der Adolfstraße zwischen Kurt-Schumacher- Straße und Leonhardstraße	16-02537
16	Planung und Ausbau der Leonhardstraße zwischen Leonhardplatz und Kurze Straße	16-02759
17	Städtebaulicher Vertrag "Quartier St. Leonhard"; Stadtgebiet zwischen Leonhardplatz, Leonhardstraße, Kapellen- straße und Schillstraße	16-02714
18	Straßenbegleitende Maßnahmen im Zuge der Gleisinstandsetzung Donaustraße	16-02146
19	Neubau der Schunterbrücke Butterberg	16-02872
20	Soziokulturelles Zentrum: Mietvertrag mit der WESTand GmbH	16-02129
20.1	Soziokulturelles Zentrum: Bereitstellung von Räumlichkeiten für den Verein KufA e. V.	16-02633
21	Anträge	
21.1	Nachnutzung Harz- und Heidegelände	16-02478
21.2	Resolution "2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhal- tigkeit auf kommunaler Ebene gestalten"	16-02483
21.3	Pocketparks - DS 16 - 02326 - Ratssitzung am 21.6.16 TOP Ö 32.6	16-02531
21.3.1	Änderungsantrag zu 16-02326 - Pocket Parks in der Innenstadt	16-02533
21.4	Konsequenzen aus den illegal befüllten Atomfässern ziehen, keine weiteren Lieferungen atomaren Mülls ins Braunschweiger Wohn- gebiet BS-Thune	16-02462
21.5	Mehr Bauland in Braunschweig für mehr günstige Mietwohnungen	16-02613
21.6	Teilnahme der Stadt Braunschweig am Wettbewerb "Stadttradeln"	16-02485

21.7	Besichtigung des Hauptbahnhofes	16-02927
21.8	Absicherung alter Urwälder der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK)	16-02928
22	Anfragen	
22.1	Fa. Kroker: Vollständiger und prüffähiger Bauantrag fristgerecht eingegangen?	16-02724
22.1.1	Fa. Kroker: Vollständiger und prüffähiger Bauantrag fristgerecht eingegangen?	16-02724-01
22.2	Tunnel-Varianten Hauptbahnhof	16-02926
22.2.1	Tunnel-Varianten Hauptbahnhof	16-02926-01
22.3	Wohnstandortentwicklung	16-02942
22.3.1	Wohnstandortentwicklung	16-02942-01

Nichtöffentlicher Teil:

23	Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
24	Mitteilungen
25	Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzenden Ratsherr Herlitschke und Ratsfrau Schütze eröffnen die gemeinsame Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses und des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und stellen für beide Ausschüsse die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Anträge zur gemeinsamen Behandlung mit dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit

2.1.	Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig	16-02891
2.1.1.	Änderungsantrag zu: 16-02891 Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig	16-02945
2.1.2.	Änderungsantrag zu 16-02891: Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig	16-02972
2.1.3.	Änderungsantrag zur Vorlage 16-02891: Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen in Braunschweig	16-02977

Es wird vereinbart, den Antrag der CDU-Fraktion DS 16-02613 ebenfalls zu beraten, obwohl dieser nur zum Planungs- und Umweltausschuss gestellt sei. Die Abstimmung zu diesem Antrag erfolge nur durch die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses.

Ratsfrau Palm bringt den gemeinsamen Antrag bzw. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein und erklärt, dass dieser auf den Ergebnissen des Bündnisses für Wohnen basiere. Die wesentlichen Ziele des Antrages seien die Festlegung einer Quote in Höhe von 20 % des sozialgeförderten Wohnungsbaus für Neubauten, die Bestandssicherung durch Ankauf von Belegungsrechten sowie die Reaktivierung eines Anteils von Gebietsfreistellungen der Weststadt verteilt auf das übrige Stadtgebiet.

Ratsherr Herlitschke führt ergänzend aus, dass auf Grundlage der Gewos-Studie im Jahr 2000 ca. 6800 gebundene Wohneinheiten vorhanden gewesen wären. Im Jahr 2016 habe sich die Zahl auf 4000 Wohneinheiten reduziert, bis 2023 seien nur noch 2300 Wohneinheiten prognostiziert. Da im Gegenzug für das Gebiet der Stadt Braunschweig ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen sei, müsse mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Ratsherr Sommerfeld erklärt für die Fraktion DIE LINKE, dass der Änderungsantrag gestellt wurde, um durch die Vorgabe eines konkreten Zeitrahmens die schnelle Erstellung eines Gesamtkonzepts zu erwirken. Darüber hinaus sei das Ziel seiner Fraktion nicht nur den Bestand zu sichern, sondern mehr bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Des Weiteren solle der Stadt eine größere Steuerungsfunktion ermöglicht werden. Er bemängelt den kurzfristig eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion/Bündnis 90/DIE GRÜNEN und macht Beratungsbedarf geltend. Eine Reaktion auf den Antrag sei aufgrund der Kürze der Zeit nicht mehr möglich gewesen. Er schlägt vor, den Antrag passieren zu lassen.

Ratsherr Dr. Büchs legt dar, dass sich der Änderungsantrag seiner Fraktion auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE beziehe. Die Fraktion BIBS spreche sich für eine Kapitalerhöhung der Nibelungen-Wohnbau-GmbH aus. Außerdem sollten Investoren zur Schaffung kommunaler Infrastruktur verpflichtet werden. Er hätte sich im Vorfeld der Anträge Gespräche unter den Fraktionen gewünscht, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen und meldet ebenfalls Beratungsbedarf an.

Ratsherr Manlik erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Er verdeutlicht, dass auch von Seiten der CDU-Fraktion der Bedarf an sozialen Wohnungsbau gesehen werde. Im Vergleich zu den übrigen Anträgen sei jedoch hervorzuheben, dass eine wichtige Grundlage für den Wohnungsbau zunächst die Erschließung von zusätzlichen Bauland sei. Auch Ratsherr Manlik regt eine Abstimmung unter den Fraktionen an und schließt sich dem Wunsch nach Beratungsbedarf an.

Ratsherr Hinrichs nimmt Bezug auf den Änderungsantrag DS 16-02977. Er befürwortet grundsätzlich die dargestellten Ziele, die Regelung zu Nr. 4 hinsichtlich der Einbindung privater Flächen müsse jedoch überarbeitet werden.

Stadtbaurat Leuer verweist auf die erhebliche Anzahl von Wohneinheiten, die bereits errichtet worden seien bzw. für die weiteres Planungsrecht geschaffen werde. Er führt aus, dass die nach der Gewos-Bedarfsprognose benötigten 5.000 Wohneinheiten bis 2020 durch die vorliegenden städtischen Planungen, die sich teilweise bereits in Umsetzung befänden, sogar überschritten würden.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass die Verwaltung die Ergebnisse des Bündnisses für Wohnen bei den Planungen umsetzen werde. Eine Quotenregelung bei privaten Investoren müsse jedoch im Zusammenhang mit einer Förderung betrachtet werden. Ein Handlungskonzept benötige einen gewissen Spielraum, um projektbezogen arbeiten zu können.

Frau Dr. Hanke kündigt an, dass die Verwaltung zeitnah ein Konzept zur Zentralen Stelle für Wohnraumhilfe vorlegen werde.

Nach kontroverser Diskussion der verschiedenen Anträge beschließen beide Ausschüsse

die Anträge passieren zu lassen.

2.2. Wohnungsbausituation in Braunschweig

16-02966

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.06.2016

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltung: 1

4. Mitteilungen

4.1. Sanierung der Altlast Breite Str. 16/Gördelingerstr. 18

16-02638

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2. Sachstand Bauantragsverfahren Firma Kroker

16-02951

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3. Erlaubnisfeld Borsum; Erlaubnis des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen

16-02960

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4. Busersatzverkehr während der Sperrung des Messeweges

16-02969

Herr Meier und Herr Brandes von der Braunschweiger Verkehrs-GmbH stellen den Busersatzverkehr während der Sperrung des Messeweges vor.

In der anschließenden Diskussion erklärt Herr Meier, dass aufgrund der Erfahrungen mit bisherigen Ersatzverkehren nicht davon auszugehen sei, dass nach Ende der Baumaßnahme die Zahl der Fahrgäste langfristig zurückgehe.

Herr Meier informiert, dass die Braunschweiger Verkehrs-GmbH die Öffentlichkeit umfangreich über den Ersatzverkehr informieren werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. 133. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Heinrich-der-Löwe-Kaserne"; Stadtgebiet zwischen der A 39, westlich des Gewerbegebietes Rautheim-Nord, Braunschweiger Straße und Rautheimer Straße; Planbeschluss

16-02675

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlage.

Auf Frage von Ratsherrn Dr. Plinke erklärt Stadtbaurat Leuer, dass Gespräche mit zwei ansässigen Betrieben wegen Lärm- bzw. Geruchsemissionen mit dem Ziel einer einvernehmlichen geführt würden.

Aus Sicht von Ratsherrn Kühn müsse die verkehrliche Anbindung verbessert werden.

Stadtbaurat Leuer verweist auf das bereits im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellte Verkehrsgutachten des Büros WVI und berichtet, dass im Bereich Rautheimer Straße Anschlussstelle Helmstedter Straße eine Signalisierung geplant sei und es auch Veränderungen in der Anzahl der Fahrspuren gäbe.

Beschluss:

1. „Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nrn. 4 und Nr. 5 zu behandeln.
2. Für das oben bezeichnete Stadtgebiet wird die 133. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig mit der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht in der anliegenden Fassung beschlossen.
3. Der geplante Nahversorgungsstandort ist zukünftig im Zentrenkonzept Einzelhandel als Nahversorgungsstützpunkt zu klassifizieren.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|-----------|---|-----------------|
| 6. | 130. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Stöckheim-Süd";
Stadtgebiet zwischen Leiferdestraße, Leipziger Straße und der 110-kV-Leitung | 16-02770 |
|-----------|---|-----------------|

Beschluss:

- „1. Dem Entwurf der 130. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.
2. Der Entwurf der 130. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung mit Umweltbericht sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|-----------|--|-----------------|
| 7. | Bebauungsplan "Stöckheim-Süd", ST 83;
Stadtgebiet zwischen Leiferdestraße, Leipziger Straße und der 110 KV-Leitung (Geltungsbereich A);
Stadtgebiet Gemarkung Leiferde, Flur 2, Flurstück 30 (Geltungsbereich C);
Stadtgebiet Gemarkung Rautheim, Flur 4, Flurstück 199/2 (Geltungsbereich D);
Stadtgebiet Gemarkung Rautheim, Flur 3, Flurstück 121 (Geltungsbereich E);
Auslegungsbeschluss | 16-02747 |
|-----------|--|-----------------|

„Dem Entwurf des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Stöckheim-Süd“, ST 83, sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.“

Beschlossen in Form der Ergänzungsvorlage 16-02747-01.

- 7.1. Bebauungsplan "Stöckheim-Süd", ST 83; 16-02747-01**
Stadtgebiet zwischen Leiferdestraße, Leipziger Straße und der
110 KV-Leitung (Geltungsbereich A);
Stadtgebiet Gemarkung Stöckheim, Flur 4, Flurstücke 94/2, 119
und 118/1 (Geltungsbereich B);
Stadtgebiet Gemarkung Leiferde, Flur 2, Flurstück 30 (Geltungs-
bereich C);
Stadtgebiet Gemarkung Rautheim, Flur 4, Flurstück 199/2 (Gel-
tungsbereich D);
Stadtgebiet Gemarkung Rautheim, Flur 3, Flurstück 121 (Gel-
tungsbereich E);
Auslegungsbeschluss

Protokollnotiz: Die Tagesordnungspunkte 6, 7 und 7.1 werden zusammengefasst beraten.

Protokollnotiz: In der Zeit von 18:00 Uhr bis 18:23 Uhr wird Ratsherr Edelmann von Ratsherrn Schrader vertreten.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlage. Es seien ca. 300 Wohneinheiten geplant. Ca. 130 bis 150 Wohneinheiten könnten als Einfamilienhäuser und gereifte Stadthäuser und ca. 150 bis 170 Wohneinheiten durch Geschosswohnungsbau realisiert werden. 20% des Geschosswohnungsbaus solle als sozialer Wohnungsbau ausgewiesen werden. Stadtbaurat Leuer hebt die Anbindung an die Stadtbahn und die gute soziale Infrastruktur des Stadtteils Stöckheim hervor.

Ratsherr Schrader berichtet aus der Sitzung des Stadtbezirksrates 211 Stöckheim-Leiferde und nimmt Bezug auf die in der Ergänzungsvorlage 16-02747-01 dargestellten Protokollnotizen. Darüber hinaus fragt Ratsherr Schrader nach dem Sachstand des Neubaus der Brücke Leiferde.

Stadtbaurat Leuer verdeutlicht, dass die Verwaltung an einer Lösung arbeite, zum jetzigen Zeitpunkt könne jedoch noch keine konkrete Aussage getroffen werden.

Ratsherr Dr. Plinke weist auf die Bedeutung der Radwegverbindung von Braunschweig nach Wolfenbüttel hin. Herr Warnecke berichtet, dass der Radweg mit gleichbleibender Qualität ein Bestandteil des Wegenetzes des Quartiers werden solle.

Auf Frage von Ratsherrn Dr. Büchs teilt Frau Costabel mit, dass innerhalb des Bebauungsplan-
gebietes Feldhamster vorgefunden worden seien. Für die Umsiedlung der Feldhamster sei eine ca. 5 ha
große externe Fläche im Geltungsbereich C des Bebauungsplanes festgesetzt worden.

Aus Sicht von Ratsherrn Dr. Büchs sollte der Passus, dass diese Fläche ökologisch ohne Einsatz stark riechender organischer Dünger bewirtschaftet werde, aus dem Umweltbericht gestrichen werden.

Ratsherr Herlitschke geht auf das Nutzungsbeispiel ein. Er stellt den Änderungsantrag, dass die erste Zeile der Einfamilienhausbebauung, die sich westlich entlang der senkrechten Planstraße befände, durch Reihenhausbebauung ersetzt werden solle.

Stadtbaurat Leuer informiert, dass die gesamte städtische Planung von Baugebieten betrachtet werden müsse. Vor diesem Hintergrund sei die dargestellte Aufteilung von Geschosswohnungsbau, Reihenhausbau und Einfamilienhausbebauung ausgewogen und solle beibehalten werden.

Nach kurzer Diskussion stimmt der Ausschuss wie folgt über den Änderungsantrag ab:

dafür: 2 dagegen: 7 Enthaltung: 1

Beschluss:

„Dem Entwurf des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Stöckheim-Süd“, ST 83, sowie der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|-----------|---|-----------------|
| 8. | 128. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig "SB-Markt Timmerlah",
Stadtgebiet zwischen Timmerlahstraße, Mühlenstieg und Bahnstrecke Braunschweig-Hildesheim
Planbeschluss, Behandlung der Stellungnahmen | 16-02646 |
|-----------|---|-----------------|

Beschluss:

1. „Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß der Anlage Nr. 3 zu behandeln.
2. Für das oben bezeichnete Stadtgebiet wird die 128. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig mit der dazu gehörigen Begründung mit Umweltbericht in der anliegenden Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|-----------|---|-----------------|
| 9. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
"SB-Markt Timmerlah", TI 30
Stadtgebiet zwischen Timmerlahstraße, Mühlenstieg und Bahnstrecke Braunschweig - Hildesheim (Geltungsbereich A)
Teilfläche Gemarkung Timmerlah, Flur 5, Flurstück 135 (Geltungsbereich B)
Teilfläche Gemarkung Timmerlah, Flur 2, Flurstück 177/2 (Geltungsbereich C)
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss | 16-02576 |
|-----------|---|-----------------|

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB, der Gemeinden gemäß § 2 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 8 und 9 zu behandeln.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „SB-Markt Timmerlah“, TI 30, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Sat-

zung beschlossen.

3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 16-02867
"SB-Markt Timmerlah", TI 30

Protokollnotiz: Die Tagesordnungspunkte 8, 9 und 10 werden zusammengefasst beraten.

Ratsherr Dobberphul begrüßt die Planung und bittet um eine zügige Umsetzung nach erfolgten Satzungsbeschluss.

Beschluss:

„Dem Abschluss eines Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „SB-Markt Timmerlah“, TI 30, zwischen der Stadt und der Ratisbona Projektentwicklung KG, Industriepark Ponholz 1, 93142 Maxhütte-Haidhof, mit den in der Begründung aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

11. Bebauungsplan "Forschungszentrum Rebenring", HA 128 16-02575
Stadtgebiet zwischen Rebenring, Büldenweg, Konstantin-Uhde-
Str. und Pockelsstr.
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss ergänzen-
des Verfahren gem. § 214 BauGB

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlage.

Aus Sicht von Rats Herrn Dr. Büchs seien die Lärmemissionen weiterhin zu hoch.

Beschluss:

„1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen 6 und 7 behandelt.

2. Der Bebauungsplan „Forschungszentrum Rebenring“, HA 128 wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.

3. Die zugehörige Begründung wird beschlossen.

4. Der Bebauungsplan wird rückwirkend zum 08. Juli 2013 in Kraft gesetzt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltung: 1

12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift 16-02049
"Cyriaksring 55", WI 106

Stadtgebiet Grundstück Cyriaksring 55 Auslegungsbeschluss

Beschluss:

"Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Cyriaksring 55“, WI 106, dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan sowie der Begründung wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 16-02049-01.

12.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift 16-02049-01 "Cyriaksring 55", WI 106 Stadtgebiet Grundstück Cyriaksring 55 Auslegungsbeschluss

Herr Warnecke erläutert die Vorlage und verdeutlicht den Unterschied zwischen dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan und dem Durchführungsvertrag, der mit dem Investor abgeschlossen werde. Über den Durchführungsvertrag werde in dieser Sitzung noch nicht beraten.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Herlitschke erklärt Herr Warnecke, dass die Einrichtung einer Kindertagesstätte planungsrechtlich möglich sei.

Ratsfrau Ohnesorge erklärt, dass in der Ergänzungsvorlage die Beratung im Stadtbezirksrat 310 Westliches Ringgebiet nicht vollumfänglich dargestellt sei.

Ratsfrau Ohnesorge macht darauf aufmerksam, dass das Vorhaben den Zielen des Sanierungsgebietes „Westliches Ringgebiet – Soziale Stadt“ widerspreche. Sie weist darauf hin, dass von einer Miete von 10,- € / m² auszugehen sei, was für das Gebiet der Sozialen Stadt zu hoch sei. Darüber hinaus sei in den Sanierungszielen festgelegt, dass stark überbaute Blockinnenbereiche zur Schaffung ruhiger Innenhöfe behutsam zu entkernen und zu begrünen seien, was hier nicht der Fall sei. Ratsfrau Ohnesorge bemängelt außerdem die Verschattung der Nachbargebäude.

Stadtbaurat Leuer erläutert, dass es im Innenstadtbereich eine Vielzahl vergleichbarer Situationen mit ähnlich geringen Grenzabständen gäbe. Er gibt zu bedenken, dass mehr Grünfläche entstehe, als zurzeit vorhanden sei. Hinsichtlich der Miethöhe sei die Verwaltung in Gesprächen mit dem Investor, es sei auch eine Belegungsbindung geplant.

Ratsherr Herlitschke verdeutlicht, dass bei der Miethöhe nicht nur der Quartmeterpreis sondern auch der Preis betrachtet werden müsse, der insgesamt für eine Wohnung zu entrichten sei.

Auf Frage von Ratsherrn Dr. Büchs erklärt Herr Mollerus, dass der Anteil der Dachbegrünung voraussichtlich 40% betrage.

Beschluss:

„Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sowie der Begründung wird mit der Maßgabe zugestimmt, die Planunterlagen vor der Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) dahingehend zu ändern, dass in der Anlage 3 a die Baugrenze im Bereich des Cyriaksrings durch eine Baulinie ersetzt wird. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 13. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Parkkamp", TH 23 16-02664**
Stadtgebiet zwischen den Straßen Am Grefenhoop, Parkkamp,
Mehlholz und Schafwiese (Flurstück 540, Flur 3, Gemarkung Thu-
ne)
Auslegungsbeschluss

Beschluss:

„Dem Entwurf des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Parkkamp“, TH 23, sowie der Begründung wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 16-02664-01.

- 13.1. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Parkkamp", TH 23 16-02664-01**
Stadtgebiet zwischen den Straßen Am Grefenhoop, Parkkamp,
Mehlholz und Schafwiese (Flurstück 540, Flur 3, Gemarkung Thu-
ne)
Auslegungsbeschluss

Beschluss:

„Dem Entwurf des Bebauungsplanes mit örtlicher Bauvorschrift „Parkkamp“, TH 23, sowie der Begründung wird zugestimmt. Die Entwürfe sind gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltung: 1

- 14. Städtebaulicher Vertrag "Parkkamp", TH 23 16-02662**
Stadtgebiet zwischen den Straßen Am Grefenhoop, Parkkamp,
Mehlholz und Schafwiese (Flurstück 540, Flur 3, Flurstück 540,
Gemarkung Thune)

Protokollnotiz: Die Tagesordnungspunkte 13, 13.1 und 14 werden zusammengefasst beraten.

Stadtbezirksbürgermeister Kroll erläutert die in der Ergänzungsvorlage 16-02664-01 dargestellten Anregungen aus der Sitzung des Stadtbezirksrates 323 Wenden-Thune-Harxbüttel vom 29. August 2016.

Beschluss:

„Dem Abschluss eines städtebaulichen Vertrages für das Gebiet „Parkkamp“, TH 23, zwischen der Stadt und der FIBAV Finanzdienstleistungs-Immobilienvermittlungs-GmbH, Königsutter, als Vorhabenträgerin mit den in der Begründung aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

15. Planung und Ausbau der Adolfstraße zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Leonhardstraße **16-02537**

Herr Benschmidt erläutert die Vorlage. Ziel sei es, den Alleecharakter zu erhalten.

Ratsherr Herlitschke geht auf die zu fällenden Bäume ein. Er betont, dass nicht zu junge Ersatzbäume gepflanzt werden dürften, da diese im Vergleich zum Bestand einen deutlich kleineren Kronendurchmesser hätten. Aufgrund der Aufwuchszeit würde dann der Alleecharakter für längere Zeit verloren gehen.

Frau Costabel und Herr Benschmidt beantworten Fragen von Ratsherrn Kühn zur Wurzelart der Bäume.

Beschluss:

„Der Planung und dem Ausbau der Adolfstraße zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Leonhardstraße wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 1 Enthaltung: 1

16. Planung und Ausbau der Leonhardstraße zwischen Leonhardplatz und Kurze Straße **16-02759**

Beschluss:

„Der Planung und dem Ausbau der Leonhardstraße im Abschnitt zwischen Kurze Straße und Altewiekring und dem barrierefreien Umbau der Bushaltestelle im Altewiekring entsprechend der Anlage 1 wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

17. Städtebaulicher Vertrag "Quartier St. Leonhard"; Stadtgebiet zwischen Leonhardplatz, Leonhardstraße, Kapellenstraße und Schillstraße **16-02714**

Protokollnotiz: Die Tagesordnungspunkte 16 und 17 werden zusammengefasst beraten.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Vorlagen. Er weist darauf hin, dass das Eckgebäude Leonhardstraße / Leonhardplatz im Vergleich zur ursprünglichen Planung überarbeitet worden sei. Der Abstand zu den beiden Denkmälern habe sich dadurch vergrößert.

Ratsherr Dr. Plinke bittet bei der baulichen Ausführung um eine deutliche Kennzeichnung der Radverkehrsführung.

Ratsherr Dr. Büchs äußert denkmalschutzrechtliche Bedenken und bedauert, dass die aus seiner Sicht erhaltenswerten Stallungen abgerissen würden. Er werde der Vorlage daher nicht zustimmen.

Stadtbaurat Leuer betont, dass zwei Denkmäler erhalten blieben und denkmalgerecht saniert

würden. Diese sollen dann einer sozialen Nutzung zugeführt werden.

Beschluss:

„Dem Abschluss eines städtebaulichen Vertrages Quartier St. Leonhard zwischen der Borek Immobilien GmbH & Co KG, Breite Straße 27, 38100 Braunschweig, der Richard Borek Stiftung, Theodor Heuss Straße 7, 38122 Braunschweig, und der Stadt mit den in der Begründung aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

18. Straßenbegleitende Maßnahmen im Zuge der Gleisinstandsetzung Donaustraße 16-02146

Beschluss:

„Der Planung und dem Bau der straßenbegleitenden Maßnahmen im Zuge der Gleissanierung Donaustraße wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

19. Neubau der Schunterbrücke Butterberg 16-02872

Herr Benscheidt verdeutlicht, dass die Brücke aufgrund des hohen Wegegefälles nicht am bisherigen Standort, sondern ca. 400 m westlich errichtet werden solle.

Ratsherr Manlik weist auf die schlechte Wegeführung zu dem geplanten neuen Brückenstandort hin. Er betont, dass mit dem Brückenneubau zwingend eine Sanierung des Weges erfolgen müsse.

Aus Sicht von Bürgermitglied Räder sei der vorhandene Weg nutzbar. Sie macht darauf aufmerksam, dass der Bereich als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sei. Diese Belange müssten berücksichtigt werden.

Herr Benscheidt erläutert, dass dies der Fall sei. Es handele sich um wassergebundene Freizeitwege, mit denen so wenig wie möglich in die Landschaft eingegriffen werde. Bei Hochwasser könnten diese Wege auch überschwemmt werden. Nach erfolgtem Beschluss über den Neubau der Brücke solle auch ein landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt werden.

Ratsherr Dr. Büchs kritisiert, dass das Gebiet noch nicht als Naturschutzgebiet ausgewiesen sei. Aus seiner Sicht dürfe der vorhandene Weg nicht ausgebaut werden.

Ratsherr Dobberphul befürwortet eine moderate Wegebeziehung, damit der Bereich als Erlebnisinaturraum und Freizeitbereich genutzt werden könne.

Auf Anregung von Ratsherrn Herlitschke beschließt der Ausschuss über die Vorlage unter der Maßgabe, dass der landschaftspflegerische Begleitplan zeitnah im Ausschuss vorgestellt werde.

Beschluss:

„Dem Neubau der Schunterbrücke Butterberg in neuer Lage (ca. 400 m westlich des bisherigen Standortes) inklusive der Wegeanbindungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 1 Enthaltungen: 0

20. Soziokulturelles Zentrum: Mietvertrag mit der WESTand GmbH

16-02129

Beschluss:

Dem Abschluss des beigefügten Mietvertrages über die Anmietung von Gewerbemieträumen im zukünftigen Gebäudekomplex *Westbahnhof 13* zum Betrieb eines Soziokulturellen Zentrums sowie der Zahlung eines einmaligen Baukostenzuschusses i. H. v. 1,5 Mio. € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

20.1. Soziokulturelles Zentrum: Bereitstellung von Räumlichkeiten für den Verein KufA e. V.

16-02633

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Verein KufA e. V. die möblierten Mietflächen im *Westbahnhof 13* zur freien soziokulturellen Nutzung mietzinsfrei und bei städtischer Übernahme der Betriebs- und Nebenkosten bis zu einer Höhe von 110.000 €/Jahr zunächst für 10 Jahre zur Verfügung zu stellen. Hierfür soll die Verwaltung mit KufA e. V. einen Vertrag zur Klärung der Nutzungsbedingungen vorbereiten.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

21. Anträge

21.1. Nachnutzung Harz- und Heidegelände

16-02478

Ratsherr Hinrichs erläutert den Antrag. Er erklärt, dass im Beschlusstext das Wort „Wohn“- durch „Büro“-Nutzung ersetzt werden solle.

Ratsfrau Palm fragt, wie oft die Fläche im Jahr genutzt werde.

Herr Warnecke erklärt, dass die Fläche mehrfach im Jahr für Oldtimertreffen, Flohmärkte, Reitturnier etc. verpachtet sei.

Beschluss

Die Verwaltung wird gebeten, für das Harz- und Heidegelände eine Planung zur gemischten **Wohn- Büro-** und Gewerbenutzung zu erstellen und diese dem Rat bis Anfang 2017 über seine Ausschüsse zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: (geänderter Beschlusstext)

dafür: 4 dagegen: 6 Enthaltungen: 0

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig begrüßt die von den Vereinten Nationen (VN) am 27. 9. 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an die Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten.

begrüßt die Anerkennung von Städten, Gemeinden und Kreisen als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung durch die erstmalige Aufnahme des sogenannten „Stadtziels“ SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ in die Entwicklungsagenda der VN.

unterstützt die in der 2030-Agenda enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt und die darin beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung.

begrüßt die Forderungen des Bundestages an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, Städten und Kommunen weltweit mehr Einnahme- und Haushaltshoheit zu geben, sie beim Aufbau demokratischer und leistungsfähiger kommunaler Selbstverwaltungen und als zentrale Akteure einer integrativen und partizipatorischen Stadtentwicklung in ihrer internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen.²

fordert Bund und Länder auf, Kommunen und ihre Vertretungen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen, die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der 2030-Agenda anzuerkennen, Kommunen stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu berücksichtigen und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dabei sollen kommunale Belastungen durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen von Bund und der Ländern ausgeglichen werden.

Die Stadt Braunschweig wird ihre Möglichkeiten nutzen, sich für nachhaltige Entwicklung konkret zu engagieren und eigene Maßnahmen nach innen und außen sichtbar zu machen. Sie wird dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

21.3. Pocketparks - DS 16 - 02326 - Ratssitzung am 21.6.16 TOP Ö 32.6

16-02531

Stadtbaurat Leuer macht darauf aufmerksam, dass die Erstellung eines Potentialkatasters mit einem erheblichen Arbeitsaufwand für die Verwaltung verbunden wäre.

Nach kurzer Diskussion wird über die einzelnen Punkte des Antrages getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die städtebauliche Aufwertung von für Pocket-Parks geeigneten Flächen in der Innenstadt voranzutreiben. Dazu sollen folgende Schritte erfolgen:

1. Zur besseren Übersicht wird die Verwaltung gebeten, eine Karte der potentiell geeigneten Flächen für die Innenstadt (innerhalb des Wilhelminischer Rings) zu erstellen und dem Planungs- und Umweltausschuss noch in diesem Jahr vorzulegen (Potentialkataster).
2. Die Verwaltung wird gebeten, eine geeignete Fläche als Pilotprojekt zu überplanen und dem Planungs- und Umweltausschuss zum Beschluss vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird gebeten, die Möglichkeit eines städtebaulichen Studentenwettbewerbes, z.B. im Rahmen einer Studienarbeit der TU, zu prüfen und ggf. einen solchen Wettbewerb zu unterstützen. Den Studenten soll die Gestaltungsaufgabe für ausgewählte - für Pocket-Parks geeignete - Stadträume gestellt werden und die Ergebnisse sollen in einem

Gremium unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erörtert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.: dafür: 2 dagegen: 7 Enthaltung: 1

Zu 2.: dafür: 2 dagegen: 7 Enthaltung: 1

Zu 3.: dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltung: 1

21.3.1. Änderungsantrag zu 16-02326 - Pocket Parks in der Innenstadt

16-02533

Nach kurzer Diskussion wird über die einzelnen Punkte des Antrages getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in der Innenstadt die Flächen zu ermitteln, die für eine ökologische Aufwertung (Stadtklima, Erholung, Biodiversität, Retention (=Entsiegelung) und andere Funktionen) als Grünfläche (mit oder ohne Parknutzung) geeignet sind und ihre Aufwertung voranzutreiben. Dazu sollen folgende Schritte erfolgen:

1. Zur besseren Übersicht wird die Verwaltung gebeten, eine Karte der potentiell geeigneten Flächen für die Innenstadt (innerhalb des Wilhelminischen Rings) erstellen und dem Planungs- und Umweltschutz noch in diesem Jahr vorzulegen (Potentialkataster).

Neu 2. (alt 4.) Die Verwaltung wird gebeten, die Möglichkeit eines Studierendenwettbewerbs, z. B. im Rahmen von Studienarbeiten der TU (ggf. unterschiedliche Fachrichtungen) zu prüfen und ggf. einen solchen Wettbewerb zu unterstützen. Den Studierenden soll die Gestaltungsaufgabe im Sinne einer ökologischen Aufwertung für ausgewählte - als Grünflächen geeignete - Stadträume gestellt werden und die Ergebnisse sollen in einem Gremium unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erörtert werden.

Neu 3. Der Grünanteil der zur ökologischen Aufwertung ausgewählten Flächen soll nach der Umgestaltung mehr als 50% betragen.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1.: dafür 1 dagegen: 9 Enthaltungen: 0

Zu 2.: dafür 1 dagegen: 9 Enthaltungen: 0

Zu 3.: dafür 1 dagegen: 9 Enthaltungen: 0

21.4. Konsequenzen aus den illegal befüllten Atomfässern ziehen, keine weiteren Lieferungen atomaren Mülls ins Braunschweiger Wohngebiet BS-Thune

16-02462

Stadtbaurat Leuer zitiert aus einem Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz vom 20. Juni 2016.

Der Ausschuss bittet darum, das Schreiben den Ratsfraktionen bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Beschluss:

"Der Rat der Stadt Braunschweig fordert das Niedersächsische Umweltministerium auf:
- von weiteren Transporten von atomaren Müll nach Braunschweig abzusehen,

- Konsequenzen aus wiederholt aufgefundenen, falsch deklarierten, gefährlichen und rostenden Fässern zu ziehen, und den Verursachern bzw. deren Rechtsnachfolgern die ggf. zugrunde liegenden Genehmigungen umgehend zu entziehen."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3 dagegen: 4 Enthaltungen: 3

21.5. Mehr Bauland in Braunschweig für mehr günstige Mietwohnungen **16-02613**

Der Antrag wurde unter TOP 2 beraten.

21.6. Teilnahme der Stadt Braunschweig am Wettbewerb "Stadtradeln" **16-02485**

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig beteiligt sich ab 2017 an dem Projekt „Stadtradeln“. Die Verwaltung wird gebeten, beim Klimabündnis bis zum September 2016 einen entsprechenden Antrag zu stellen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

21.7. Besichtigung des Hauptbahnhofes **16-02927**

Nach kurzer Diskussion stimmt der Ausschuss dem Antrag einstimmig zu.

Beschluss:

„Die Verwaltung vereinbart mit den zuständigen Personen der Dienststellen der Deutschen Bahn einen zeitnahen Besichtigungstermin des Braunschweiger Hauptbahnhofes, möglichst noch im Herbst 2016.

Informiert werden soll vor Ort im Besonderen über den so genannten Posttunnel und den so genannten Gepäcktunnel.

Neben den Mitgliedern des Planungs- und Umweltausschusses sollen auch die Mitglieder der Radverkehrskommission und des Arbeitskreises Ringgleis zu diesem Termin eingeladen werden.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

21.8. Absicherung alter Urwälder der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) **16-02928**

Ratsherr Dr. Büchs erläutert den Antrag.

Stadtbaurat Leuer informiert, dass es bereits einen entsprechenden Vertrag mit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz zur Sicherung und Erhöhung der biologischen Vielfalt im Querumer Wald gäbe. Hierüber sei der Planungs- und Umweltausschuss im März 2014 durch eine Mitteilung außerhalb von Sitzungen informiert worden. Ein komplettes Konzept zu erstellen sei jedoch nicht erforderlich.

Frau Costabel geht auf die Vertragsinhalte ein. Besonders hervorzuheben sei, dass alle alten Eichen in diesem Bereich erhalten blieben, da ein völliger Nutzungsverzicht bestehe.

Nach weiterer Diskussion wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) ein Konzept zur Sicherung alter Waldflächen (so genannter "Urwälder") zu vereinbaren."

Abstimmungsergebnis:

dafür: 1 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

22. Anfragen

22.1. Fa. Kroker: Vollständiger und prüffähiger Bauantrag fristgerecht eingegangen? 16-02724

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme 16-02724-01 zur Kenntnis.

22.2. Tunnel-Varianten Hauptbahnhof 16-02926

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme 16-02926-01 zur Kenntnis.

22.3. Wohnstandortentwicklung 16-02942

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme 16-02942-01 zur Kenntnis.

Einwohnerfragen:

Es liegen Einwohnerfragen vor, die Fragesteller sind jedoch nicht mehr anwesend.

Es wird vereinbart, dass die Einwohnerfragen dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

Die Sitzung wird um 21:12 Uhr geschlossen.

Herlitschke
Vorsitzender

Leuer
Stadtbaurat

Schulze
Protokollführung